

POINT DE PRESSE VOM 17. MÄRZ 2009

Daniel Lampart, SGB-Chefökonom

Ohne 3. Konjunkturpaket wird der Schweizer Staat die Konjunkturprobleme ab 2010 verstärken

1. Düstere Konjunkturaussichten – destabilisierende Politik ab 2010

Die Schweiz ist in einer Rezession. Das BIP ist im 3. und 4. Quartal 2008 geschrumpft. Wäre der Lagerabbau in den Firmen im 4. Quartal nicht zu Ende gegangen, wäre der BIP-Rückgang weitaus schärfer ausgefallen. Dieser Lagereffekt betrug 2.2 Wachstums-Prozentpunkte!

Die Arbeitslosigkeit stieg in den letzten Monaten stark an. Unter Ausschluss von saisonal bedingten Faktoren (Winter im Bau u.a.) nahm die Zahl der Arbeitslosen im Januar und Februar 2009 um je rund 5000 Personen zu. Zahlreiche Firmen haben Personal entlassen, statt Kurzarbeit einzuführen. So auch in der Metall-, Elektro- und Maschinenindustrie, wo die Arbeitslosigkeit innert Jahresfrist um über 60 Prozent gestiegen ist.

Die Konjunkturaussichten haben sich in kurzer Zeit nochmals deutlich verschlechtert. Am 12. März hat die Nationalbank für 2009 einen BIP-Rückgang von 2.5 bis 3 Prozent prognostiziert. Auch der IWF rechnet mit einer Abnahme um mehr als 2 Prozent. Die Prognose des SGB von Anfang März liegt bei -1.9 Prozent. Seit 1950 gab es nur ein Jahr mit einem stärkeren Rückgang des BIP, als in diesen Prognosen zum Ausdruck kommt. Das war 1975, als das BIP um 6.7 Prozent einbrach. Ende 2009 dürften rund 170'000 Personen arbeitslos sein. Das entspricht einer Arbeitslosenquote von über 4 Prozent.

Auch für 2010 sind die Aussichten düster. Nach wie vor gibt es kaum Anzeichen für eine Konjunkturerholung bei den wichtigsten Schweizer Handelspartnern. Dementsprechend dürfte die Exportwirtschaft auch 2010 unter Absatzproblemen leiden. Eine gewisse Linderung könnte sich durch die Ankündigung der Nationalbank ergeben, die hohe Bewertung des Frankens gegenüber dem Euro zu bekämpfen. Was die Schweizer Binnenwirtschaft betrifft, wird sich die Situation verschlechtern. Der Konsum, der 2009 aufgrund von Lohn- und Rentenerhöhungen mutmasslich noch leicht wachsen wird, dürfte 2010 abnehmen. Grund: Den Haushalten fehlt es an Kaufkraft wegen der schlechteren Beschäftigungssituation (ca. 3-5 Mrd. Fr.)¹. Dazu kommen höhere Krankenkassenprämien, Steuern und Gebühren von zusammen 2.5 Mrd. Fr. oder mehr, die

¹ Kaufkraftverlust wegen nur teilweisem Einkommensersatz durch die Arbeitslosenversicherung sowie durch fehlenden ALV-Versicherungsanspruch und „Rückzug“ aus dem Arbeitsmarkt.

zusätzlich Kaufkraft abschöpfen und die Konjunktur destabilisieren. Überproportional davon betroffen sind Haushalte mit tiefen und mittleren Einkommen, die fast ihr gesamtes Einkommen ausgeben und wenig auf die hohe Kante legen können.

| | |
|---|------------------------------|
| ▪ Steigende Krankenkassenprämien | 1 bis 2 Mrd. Fr. |
| ▪ Erhöhung MWSt für IV | 1 Mrd. Fr. |
| ▪ Erhöhung CO ₂ -Abgabe | 430 Mio. Fr. |
| ▪ Höhere Strompreise | bis zu mehreren 100 Mio. Fr. |
| ▪ Sanierungsmassnahmen bei Pensionskassen | ? |

Auch was die Ausgabenpolitik der Kantone und Gemeinden im nächsten Jahr betrifft, weist gegenwärtig einiges auf Destabilisierungstendenz hin. Gemäss einer Umfrage des eidg. Finanzdepartementes planen die Gemeinden für 2010 sinkende Ausgaben; bei den Kantonen stagnieren sie. Es ist zu befürchten, dass die geplanten Ausgaben sogar noch gekürzt werden, wenn die Einnahmen wegen der schlechteren Konjunktur zurückgehen.

Der Bund plant für 2010 einen leichten Ausgabenzuwachs von rund 2 Prozent. Doch auch beim Bund drohen Sparmassnahmen, die die Rezession verstärken würden. Das einerseits wegen der falsch spezifizierten Schuldenbremse, die im Abschwung die konjunkturbedingten Defizite unterschätzt sowie aufgrund von Steuerausfällen, die bereits beschlossen oder geplant sind (Mehrwertsteuerrevision 500 Mio. Fr., Ausgleich kalte Progression 500 Mio. Fr., Revision Familienbesteuerung 600 Mio. Fr., Unternehmenssteuerreform III).

Im Jahr 2010 wird die Arbeitslosigkeit in der Schweiz wegen der schlechteren Konjunktur im In- und Ausland weiter ansteigen. Gegen Ende 2010 dürften der bisherige Höchstwert aus dem Jahre 1997 von rund 200'000 Arbeitslosen übertroffen werden. Wenn der Schweizer Staat mit Sparprogrammen sowie mit Steuer- und Gebührenerhöhungen die Konjunkturprobleme zusätzlich verstärkt, wird die Arbeitslosigkeit noch weiter ansteigen.

2. 3. Paket mit Massnahmen zur Stabilisierung der Konjunktur und zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit jetzt

Die Arbeitslosigkeit kann direkt oder indirekt bekämpft werden. Direkt, indem die Firmen ihr Personal auch in Zeiten mit schlechter Auftragslage weiter anstellen, z.B. indem Kurzarbeit eingeführt oder Weiterbildungskurse besucht werden. Indirekt, indem die Nachfrage nach Schweizer Produkten gestärkt wird, z.B. über eine Stärkung der Kaufkraft, staatliche Investitionsprogramme oder eine Bekämpfung der Frankenstärke.

Der SGB hat am 20. Januar Massnahmen zur Stabilisierung der Konjunktur im Rahmen einer Pressekonferenz präsentiert und einen Krisengipfel der Sozialpartner gefordert. Bundesrätin Leuthard hat die Spitzenverbände der Sozialpartner und die Volkswirtschaftsdirektoren der Kantone am 12. März zu einem Treffen eingeladen. An diesem Treffen hat der SGB nachstehende Forderungen präsentiert.

Zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit und zur Stabilisierung der Konjunktur braucht es ein 3. Konjunkturpaket. Das Paket muss jetzt geschnürt werden, sonst kommt es nicht rechtzeitig. Es muss folgende Massnahmen enthalten:

a) Stabilisierungsmassnahmen im Bereich der Arbeitslosenversicherung

- Erhöhung der Taggelder und Kurzarbeitsentschädigung um 10 Prozentpunkte von 80 auf 90 bzw. von 70 auf 80 Prozent
- Erhöhung der Höchstdauer von Kurzarbeit auf 24 Monate
- Erhöhung der Bezugsdauer für Taggelder auf 520 Tage
- Massnahmen für Jugendliche auf Lehrstellensuche sowie junge Erwachsene nach Beendigung der Ausbildung (s. SGB-Papier „Weiterbildung statt Entlassungen“)
- Div. AVIG-Vollzugsverbesserungen und Massnahmen im Bereich der Kurzarbeit und der Weiterbildung (s. SGB-Papier „Weiterbildung statt Entlassungen“)

Diese Massnahmen können befristet eingeführt werden. Ihre Finanzierung erfolgt im Wesentlichen durch den Bund

b) Erhöhung der Krankenkassen-Prämienverbilligungen

- Ausschüttung von Krankenkassen-Prämienverbilligungen im Umfang des Prämienanstiegs für 2010 (voraussichtlich 1 bis 2 Mrd. Fr.)

c) Öffentliches Investitionsprogramm für ökologischen Umbau (öffentlicher Verkehr, Sanierung öffentlicher Gebäude) und ausserhäusliche Kinderbetreuung

- S. den detaillierten Massnahmenkatalog des SGB vom 20. Januar 2009

Neben dem 3. Konjunkturpaket braucht es weitere Massnahmen, um einen starken Anstieg der Arbeitslosigkeit in der Schweiz zu verhindern:

Bekämpfung der Frankenstärke

- Von Herbst 2008 bis Anfang März hat sich der Aussenwert des Frankens real um rund 7 Prozent erhöht. Hält diese Bewertung des Frankens über eine gewisse Zeit an, kostet das rund 30'000 Arbeitsplätze. Die Nationalbank muss wie angekündigt auf den Devisenmärkten intervenieren, damit der Franken schwächer wird.

Keine überstürzten Sanierungen bei Pensionskassen

- Die Pensionskassen haben aufgrund der sinkenden Börsenkurse Buchverluste erlitten. Die Börsenkurse sind nicht zuletzt aufgrund von Zwangsverkäufen von Banken und Hedge Funds sowie von Panikverkäufen verunsicherter Anleger so stark gesunken. Aufgrund ihrer Reserven waren die Pensionskassen hingegen nicht zu Verkäufen gezwungen. Wenn sich die Lage an den Börsen wieder verbessert, werden die Bilanzen der Pensionskassen wieder besser ausschauen. Überstürzte Sanierungen wären hingegen Gift für die Konjunktur, weil dadurch weiter Kaufkraft abgeschöpft wurde.

* * * * *